Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

26.6.1924 (No. 147)

Visual Library

№ 147 Donnerstag, den 26. Juni 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Die Leistungen der Kohlengruben Nordfrankreichs wieder auf Vorkriegshöhe

Aus Lille, Mitte Juni, wird uns geschrieben:

Der dieser Tage erschienene Jahresbericht des Komitees der Kohlenbergwerke Frankreichs hat mit berechtigter Genugtuung feststellen können, daß die tägliche Förderung des großen französischen Kohlenbeckens in den Gebieten des Departements Du Nord und des Departements du Pas-de-Calais im Januar 1924 **80 000 Tonnen** erreichte, während sie in der Vorkriegszeit 91 000 Tonnen betragen hat. Sie stand also schon im letzten Januar nur noch um ein geringes hinter der Vorkriegsförderung zurück. Auch dieses Minus wird aber sehr bald beseitigt sein, denn der Bericht spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Kohlenförderung am Ende des laufenden Jahres die der Vorkriegszeit **übertreffen** würde.

Gleichzeitig haben über dieselbe Frage die Präfekten der beiden Departements du Nord und du Pas-de-Calais den Provinziallandtagen der Departements nähere Mitteilung gemacht. Es geht daraus hervor, daß besonders im Departement du Nord die bisherigen Resultate vorzüglich und die künftigen Aussichten noch besser sind. Gleich in der Einleitung seiner Mitteilungen erklärt der Präfekt dieses Departements, daß „die **Zerstörungsschäden fast vollständig beseitigt**" sind. Im Jahre 1913, also im letzten Vorkriegsjahre, hat das Departement du Nord 16,7 Prozent der französischen Kohle geliefert, im Jahre 1923 betrug der Anteil 15,0 Prozent. Das bedeutet allerdings noch eine Differenz von 1,7 Prozent zu ungunsten der Leistung des Jahres 1923, aber auch diese geringfügige Differenz verschwindet, wenn man berücksichtigt, daß die **Lothringischen Gruben** hinzugekommen sind, was ja selbstverständlich den verhältnismäßigen Anteil der Gruben Nordfrankreichs an der Gesamtkohlenlieferung des Landes herabdrücken muß. Der Präfekt fügt hinzu, daß im laufenden Jahre das Departement auf jeden Fall wieder den Anteil der Vorkriegszeit an der Gesamtkohlenlieferung erreichen wird. Die Erzeugung der Nebenprodukte der Steinkohlen hatte die der Vorkriegszeit schon Ende 1923 überschritten, so daß, wenn man diese Produkte hinzurechnet, die Leistung des Januar 1924 **98 Proz.** der monatlichen Durchschnittsleistung vor dem Kriege ausgemacht hat. Die reine Kohlenförderung des Nord-Departements hatte im letzten Jahre vor dem Kriege 6,8 Millionen betragen, war im Jahre 1919 auf 552 000 infolge der Zerstörungen heruntergegangen, stieg aber 1920 bereits auf nahezu 2 Millionen Tonnen, also um mehr als das Dreifache. Im Jahre 1921 betrug die Förderung 3½ Millionen Tonnen, im Jahre 1922 fast 4½ Millionen und endlich im Jahre 1923 über 5,6 Millionen Tonnen. Die **Kokserzeugung** war von 840 000 Tonnen im letzten Vorkriegsjahre auf 73 000 Tonnen im Jahre 1920 heruntergegangen und blieb auch im Jahre 1921 auf diesem niedrigen Stande. Im Jahre 1922 aber hob sie sich auf 186 000 Tonnen und im letzten Jahre auf 686 000, so daß gerade das letzte Jahr eine außerordentliche Steigerung der Kokserzeugung gebracht hat.

Auch der Wiederaufbau der **Arbeiterwohnungen** hat außerordentliche Fortschritte gemacht und Frankreich war auch gezwungen, in dieser Hinsicht große Anstrengungen zu machen, weil **ausländische Arbeiter** in großer Zahl ins Land gezogen wurden. Unter den 46 500 Arbeitern, die am 1. Januar 1920 in den Gruben des Nord-Departements beschäftigt wurden, waren **mehr als 15 000 Ausländer.** Allein im Jahre 1923 wurden 1800 neue Arbeiterhäuser gebaut und ihre Zahl, die im Jahre 1913 noch nicht 11 000 betragen hatte, erreichte im Jahre 1923 nahezu 15 000, sodaß hierin also eine Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit stattgefunden hat.

Im Departement Pas-du-Calais ist die Steigerung der **sachlichen** Leistung nicht ganz so groß, aber aber auch sehr beachtenswert. Hervorragend ist in diesem Departement auch die Leistung im **Wiederaufbau der Arbeiterhäuser.** In diesem Departement waren über 15 000 Häuser vollkommen zerstört. Davon sind bereits 12 500 neu hergestellt und außerdem sind noch mehr als 2 500 Häuser neu errichtet worden, so daß die Zahl der Arbeiterhäuser hinter der der Vorkriegszeit nur noch um ein ganz geringes zurücksteht.

Die Kosten der Erwerbslosenfürsorge in Baden

Von Oberregierungsrat **Eduard Emele**, Karlsruhe.

II.

Grundsätzlich ist hierzu folgendes zu bemerken: Nach § 14 des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922 setzt die Errichtungsgemeinde auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises den Haushaltsplan fest. Erhebt der Verwaltungsausschuß Einspruch, so entscheidet die Gemeindeaufsichtsbehörde nach Anhörung des Verwaltungsausschusses des Landesamtes für Arbeitsvermittlung, d. h. der öffentliche Arbeitsnachweis ist im Wesentlichen ein Selbstverwaltungskörper, dessen verantwortliches Organ in Haushaltsplanfragen der Verwaltungsausschuß ist. Am liebsten konzentriert sich die öffentliche Aussprache der letzten Wochen auf die Höhe der Verwaltungskosten, wobei sie namentlich beim Tadel gerne von der irrigen Auffassung ausging, als würden die Verwaltungskosten nur durch die Erwerbslosenfürsorge erwachsen. Diese Auffassung ist natürlich falsch; denn wie sich aus der aufgestellten Übersicht ergibt, entstehen die Verwaltungskosten auch — teilweise sogar hauptsächlich — durch die fachliche Arbeitsvermittlungstätigkeit des Arbeitsnachweises. Die Beschäftigung mit der Erwerbslosenfürsorge sollte eigentlich nur eine vorübergehende sein; sie schwankt je nach dem Ausmaß der Erwerbslosigkeit selbst. Sobald diese wieder zurückgeht, wird ein Teil der Verwaltungseinrichtung gegenstandslos und der verbleibende Teil kann bei günstiger Abnahme der Erwerbslosigkeit durch die Beamten der Arbeitsnachweisabteilung miterledigt werden. Bei dem augenblicklich sehr großen Stand der Erwerbslosigkeit — er ist immer noch größer als in den ungünstigen Zeiten des Jahres 1919 — ist dies allerdings in vielen Arbeitsnachweisbezirken nicht möglich; sie benötigen deshalb zwei Verwaltungseinrichtungen. Sinken die Erwerbslosenzahlen, so kann schon aus praktischen Gründen eine Verminderung des Verwaltungsapparates und ein Rückgang der Verwaltungskosten nicht so rasch erfolgen; einmal, weil es nicht möglich sein wird, die Beamten so rasch abzubauen; zum anderen, weil es auch nicht ratsam sein wird, bei diesen unsicheren Zeiten des Wirtschaftslebens eingearbeitete Beamten zu entlassen, wenn man nicht sicher ist, daß man sie nicht mehr benötigt; zum Dritten, weil beim Rückgang stets eine Menge Aufräumungsarbeiten erforderlich sind, die bei voll belastetem Verwaltungsapparat nicht geleistet werden können. Dazu kommt, die Verwaltungskosten erreichen, bei einem geringen Erwerbslosenstand ein Mindestmaß, das praktisch nicht mehr unterschritten werden kann. Es entstehen dann solche, jede Statistik verderbende Widersprüche, daß Arbeitsnachweise mit geringer Erwerbslosigkeit wie z. B. Pforzheim mit einem Hundertsatz von 67,8 Proz., Lahr mit 56,4 Proz. usw. im Mai erscheint. Maßgebend für die Beurteilung der Verwaltungskosten ist deshalb der gesamte Geschäftsumfang eines Arbeitsnachweises, wie ihn etwa die nachstehende Übersicht darstellt.

Bezirk	Zahl der Gemeinden	Zahl der Einwohner	Zahl der Zweigstellen	Zahl der Fachabteilung	Zahl der Krankenkassen	Zahl der Vermittlungen im Monat April 1924	Zahl der Beamten	Zahl der Angestellten	Zahl der u. Hilfskräfte	Zahl der Zusammen
Baden . .	55	95 681	2	3	19	1119	4	9	2	15
Bruchsal .	68	115 587	1	1	17	218	1	4	4	9
Freiburg .	189	246 959	5	5	52	1750	9	25	—	34
Heidelberg .	116	189 014	3	4	30	1845	4	14	19	37
Karlsruhe .	59	239 343	2	8	25	2922	19	2	37	58
Kehl . .	29	30 966	1	1	4	240	6	1	—	7
Konstanz .	218	161 332	7	4	21	786	10	3	1	14
Lahr . .	43	63 888	—	2	19	5069	2	4	1	7
Lörrach .	146	133 766	6	—	75	420	7	4	2	13
Mannheim	20	299 841	1	9	54	3270	30	5	71	106
Mosbach .	230	138 471	4	—	15	245	3	—	2	5
Offenburg .	84	111 825	2	2	?	222	?	?	—	—
Pforzheim .	31	106 859	—	7	16	1219	8	1	2	11
Rastatt . .	46	70 126	2	2	12	407	1	7	1	9
Villingen .	92	81 729	2	2	17	228	1	1	1	3
Waldshut .	127	60 039	2	2	15	1136	1	3	2	6
Weinheim .	15	29 315	—	2	4	178	1	4	—	5

Auch diese Übersicht ist noch nicht erschöpfend, da sie nur die Zahl der tatsächlich vermittelten Stellen enthält, d. h. bei den Gesuchen männl. Arbeitnehmer 31,9 Proz. der eingekommenen Gesuche und bei den weiblichen 52,6 Proz. Jeder Unbefangene wird zugeben müssen, daß in dieser Tätigkeit eine große Arbeitsleistung steckt, die je nach der Güte, mit der sie verrichtet wird, die Verwaltungskosten erhöht. Besonders sei noch verwiesen auf die Spalte über Fachabteilungen. Es gibt einzelne Arbeitsnachweise, die gerade in ihren Fachabteilungen sich ganz hervorragend entwickelt haben und sich eines Ansehens erfreuen über ihren Bezirk hinaus. Zu diesen Arbeiten kommen dann noch diejenigen, die aus der Berufsberatung erwachsen, sowie die statistische Erfassung von Aussperrungen und Streiks usw. Kostenvermehrend ist bei den Verwaltungskosten der Erwerbslosenfürsorge die teilweise große Zahl von Krankenkassen, mit denen einzelne Arbeitsnachweise arbeiten müssen.

Zu der Spalte „Kosten des Landesamtes" sei bemerkt, daß diese für das Jahr 1924 auf 24 000 Mk. geschätzt sind, von denen ein Drittel der bad. Staat trägt.

Der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge

Der amerikanische Soziologe Harry E. **Barnes**, Professor am Smith-College, hat, so schreibt die „Frankf. Ztg." ein Leser, alle Veröffentlichungen über **Die Schuld am Weltkriege** mit Bienenfleiß zusammengetragen, durchgearbeitet, verglichen; und seine ebenso unparteiische wie scharfsinnige Untersuchung ist neulich in der angesehenen Zeitschrift „The New Republic" herausgekommen. Sie bedeutet einen Fortschritt, den man sich bisher nicht hätte träumen lassen. Zwar geht er mit jeder einzelnen Nation scharf ins Gericht, und keine spricht er gänzlich frei. Aber er stellt Unterschiede in der Verantwortlichkeit fest, wie man sie zuvor weder in Amerika noch sonst im Ausland anzuerkennen beliebte. Die Hauptschuld wälzt er ohne Zögern und ohne Einschränkung auf **Rußland**, „dessen Haltung jeden Versuch eines Aufschubs und Schiedsspruchs vereitelt hat." Kaum weniger verantwortlich erscheint ihm **Österreich-Ungarn**; doch der amerikanischen Entrüstung über dieses Vorgehen gegen Serbien entzieht er die Berechtigung durch den Hinweis auf die „weit kümmerlicheren" Vorwände, unter denen Amerika gegen Spanien die Waffen erhoben und in Mexiko eingegriffen habe. Frankreich war in seinem Bund mit Rußland „seit 1912 vermutlich der angriffslustigere Genosse" und um Elsaß-Lothringen 1913 sogar für einen gesamteuropäischen Krieg ohne weiteres zu haben; für einen solchen hatte es zweifellos ebenfalls den Einmarsch in Belgien vorgesehen. Italiens Behauptung, nur für das Recht in der Welt gegen die Mittelmächte in den Krieg gezogen zu sein, haben die Enthüllungen aus den russischen Archiven als Schwindel erwiesen. Dasselbe Urteil fällt der Historiker über Englands angeblich ausschließliches Bestreben, die belgische Neutralität zu verteidigen. Und Deutschland? „Die Tatsache seines selbstherrlichen Regiments, seiner militärischen Tradition und seiner ungeheuren Rüstungen bleibt bestehen; **jedoch die Behauptung eines überlegten deutschen Anschlags auf den Weltfrieden im Sommer 1914 hat auch nicht die geringste Stütze**". Vielmehr — und das ist der Kern der Untersuchung — „Deutschland und England sind 1914 offenbar die einzigen Staaten gewesen, die **ehrlich den Frieden wollten**". Das sind alles keine Neuigkeiten — für uns. Wohl aber für die meisten Amerikaner. Und wenn man sieht, wie sich daraufhin beispielsweise „The Minneapolis Sunday Tribune" reumütig bekehrt und eine Schuld Deutschlands nur noch in dessen „kurzsichtiger, blöder Staatskunst" findet, die sich vom Wiener Kabinett habe bluffen lassen, dann möchte man hoffen, daß das Bekenntnis des tapferen Professors doch am Ende nicht bloß die Stimme eines Predigers in der Wüste bleibe.

Empfänge am Quai d'Orsay. Ministerpräsident **Herriot** hat gestern mittag — wie bereits gemeldet — den **französischen Botschafter in Berlin**, de Margerie, zu einer längeren Unterredung über die politische Lage in Deutschland empfangen. Gegen Abend erschien der englische Botschafter in Paris, **Lord Crewe**, im Quai d'Orsay und hatte gleichfalls eine längere Unterredung mit Herriot. Der „Petit Parisien" bemerkt, daß von dem Meinungsaustausch der englischen und französischen Regierung zur Vorbereitung der Londoner Konferenz die Rede gewesen sei.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Neuigkeiten

Deutscher Reichstag

Zu Beginn der Mittwoch-Sitzung wird in dritter Lesung ohne Aussprache das deutschpolnische Abkommen über die oberschlesischen Grenzbezirke, das abgeänderte Quartierleistungsgesetz und die Neuregelung der Strandungsordnung verabschiedet.

Auf der Tagesordnung stehen 31 Anträge und Interpellationen, betr. die **Beamtenbesoldung und das Dienstverhältnis.** Das Haus beschließt, daß von jeder Fraktion nur ein Redner sprechen soll und die Redezeit auf eine halbe Stunde beschränkt wird.

Abg. **Morath** (DVp.) berichtet über die Verhandlungen des Hauptausschusses. Dieser hat einen Antrag angenommen, wonach die von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel zur **Erhöhung der Grundgehälter der Gruppen 1—4** verwendet werden sollen. Ferner soll allgemein für alle Beamtengruppen eine Erhöhung der Kinder- und Frauenzulagen erfolgen.

Abg. **Schmidt**-Stettin (Dn.) erklärt sich mit den Ausschußbeschlüssen einverstanden und hebt besonders die Erhöhung der sozialen Zulagen hervor.

Abg. **Steinkopf** (Soz.) betont die Fehlerhaftigkeit der letzten Besoldungsregelung, über die die Beamtenschaft mit Recht entrüstet sei. In ganz unerträglicher und unsozialer Weise sei die Spannung zwischen den Bezügen der verschiedenen Gruppen erweitert worden. Der Redner beantragt, der Regierung die Ermächtigung zu entziehen und die weitere Durchführung der Personalabbauverordnung solange auszusetzen, bis ein entsprechendes Gesetz verabschiedet ist.

Abg. von **Guerard** (Ztr). findet die Erörterungen über Beamtenfragen im Reichstag bedenklich. Dadurch werde nur die Mißstimmung in anderen Volksschichten gegen die Beamtenschaft gesteigert. Das Zentrum beantrage die Kodifizierung des gesamten Beamtenrechts. Redner stimmte dem Ausschußantrag zu, wünscht aber eine öffentliche Erklärung der Regierung, daß mit dem Personalabbau jetzt Schluß gemacht werde.

Abg. **Eichhorn** (Kom.) begründet einen Antrag, daß der Ausschuß den Antrag dahin ändern wolle, daß die unteren Gehaltsgruppen I—VII und die Gruppen über XIII beseitigt werden sollen und die Besoldung mit dem Satze der Gruppe VIII beginnen solle Redner behauptet, daß der gesamte Beamtenabbau auf Kosten der unteren und mittleren Beamten bzw. der Angestellten und Arbeiter durchgeführt wird.

Abg. **Morath** (D. Vpt.) bezeichnet es als unerträglich, wenn das Lebenseinkommen des höheren Beamten niedriger wäre als das des unteren. Die Art der Regelung durch die Regierung gab zu scharfen Beanstandungen Anlaß. Dem Ausschußantrag stimmt der Redner zu, wenn er auch die Regelung für unzulänglich hält.

Abg. **Rahl** (Nat.-Soz.) behaupet, die freie Beamtenschaft sei noch nie so geknebet worden, wie im republikanischen Deutschland. Redner behauptet, daß in erster Linie völkische Beamte abgebaut würden.

Abg. **Dauer** (Bayerische Volkspartei) bedauert, daß es ihm im Augenblick nicht möglich sei, für die Beamten mehr herauszuholen. Den Beamten des besetzten Gebietes habe man viel versprochen, aber wenig gehalten.

Abg. **Brodauf** (Dem.) wirft der Regierung vor, daß sie gerade die Regierungsparteien dadurch in Verlegenheit gebracht habe, daß sie mit ihrer neuen Besoldung die ganze Besoldungspolitik der letzten Jahre über den Haufen geworfen habe. Bei den unteren Beamten sei die Not zum Elend geworden. Wenn die Nationalsozialisten die Republik für die traurige Lage der Beamten verantwortlich machten, sollten sie sich daran erinnern, wer den Krieg verloren hat und sich bei ihrem Ludendorff bedanken. (Großer Lärm: Pfuirufe bei den Nationalsozialisten).

Abg. **Kunze** (Deutsch-sozial) nennt die Besoldungsregelung der Regierung das unsozialste, was man sich denken könne. Aber auch die zu erwartenden Beschlüsse des Reichstages würden bei den mittleren und unteren Beamten einen Sturm der Entrüstung erregen, weil sie völlig unzureichend seien.

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmung findet Donnerstag statt.

Zurückweisung eines unberechtigten Vorwurfes

Die **polnische Regierung** hat in ihrer Note vom 10. Juni gegenüber der **deutschen Regierung** den Vorwurf erhoben, sie sei ihrer Verpflichtung hinsichtlich der Bestellung von Optionsbehörden nicht nachgekommen. Dieser Vorwurf, der auch von der polnischen Presse erhoben wird, ist von der deutschen Regierung als völlig **unbegründet** und haltlos zurückgewiesen worden. Die deutsche Note stellt fest, daß entsprechend einer der polnischen Regierung durch die deutsche Gesandtschaft in Warschau zugegangenen Mitteilung die deutschen Optionsbehörden durch die Verordnung der deutschen Reichsregierung vom 15. Mai ds. Js. bestellt sind. Außerdem weist die deutsche Note daraufhin, daß die polnische Wejwodschaft in Kattowitz bereits seit längerer Zeit von den dortigen deutschen Behörden Mitteilungen über die abgegebenen Optionserklärungen entgegennehme.

Das französische Reparationsprogramm

Ein ausdrücklich als offiziös bezeichnetes Telegramm der Havas-Agentur resümiert den von der französischen Regierung in den Verhandlungen mit Ramsay Macdonald und den belgischen Ministern vertretenen Standpunkt. Es wird darin u. a. ausgeführt:

Die Konferenz vom 16. Juli habe in erster Linie den Zweck die technischen Einzelheiten seiner praktischen Durchführung zu regeln. **Frankreich** verlange Garantien für diese Durchführung, sowohl für die Ausgaben der deutschen **Industrieobligationen** als auch für die Übertragung der deutschen **Eisenbahnen** an eine Gesellschaft, und die Sachverständigen würden sich über die Festsetzung dieser Garantien zu verständigen haben. Unerläßlich seien darüber hinaus **gewisse kommerzielle Garantien.** Es genüge nicht, daß Deutschland den zu ihrer Verwaltung bestimmten Organisationen die nach dem Sachverständigenplan geschaffenen Obligationen übergebe; nicht minder wichtig sei, daß diese Werte, die einen Betrag von 16 Milliarden Goldmark repräsentieren, baldigst mobilisiert werden können, in der Weise, daß sie für die Alliierten zu einer Quelle unmittelbarer und wesentlicher finanzieller Entlastung würden.

Unabhängig von den Reparationen verlange **Frankreich Garantie** für seine **Sicherheit.** Die Beibehaltung der interalliierten militärischen Kontrollkommission sei notwendig, solange das Reich eine Inventuraufnahme über den genauen Stand seiner Rüstungen nicht erlaubt habe, denn diese Inventur sei unerläßlich geworden durch die Unterbrechung der interalliierten Überwachungstätigkeit seit der Besetzung des Ruhrgebiets. Erst wenn Deutschland die Bedingungen der Botschafterkonferenz erfüllt habe, könne die Kontrolle, wie sie in dem Friedensvertrage vorgesehen sei, dem Völkerbunde übertragen werden. Im Interesse der Sicherheit der Okkupationstruppen endlich halte die französische Regierung ein spezielles Kontrollsystm über die rheinischen Eisenbahnen für erforderlich.

Herriots Absicht gehe dahin, sobald alle diese Probleme gelöst seien, die danach zu erwartende internationale Entspannung zum Ausgangspunkt einer Art **moralischer Entwaffnung in Europa** (!) zu machen. Auch hier werde man vorsichtigerweise nur in Etappen vorgehen d. h. zunächst Garantieverträge zwischen Frankreich, England, Belgien und Italien abschließen und diese Abkommen im gegebenen Augenblick auf Deutschland ausdehnen, um endlich zu einem Generalabkommen gegenseitiger Unterstützung unter der Ägide des Völkerbundes zu gelangen. Es sei dies zweifellos ein Programm auf lange Sicht, dessen Durchführung die Leiter der französischen Politik alle Anstrengungen zu widmen entschlossen seien, mit Vertrauen, aber ohne Illusionen von utopistischem Charakter.

Verschärfung der italienischen Krise

Die Reden, die **Mussolini** im Senat und vor den Mehrheitsabgeordneten hielt, haben keine Entspannung herbeigeführt, da Mussolinis Zugeständnisse von der Opposition als formal, aber nicht als substantiell angesehen werden. Insbesondere hob Mussolini hervor, daß das faszistische Regime nicht angerührt, die Miliz nicht aufgelöst werden dürfe, zwei Voraussetzungen, welche auch für die bürgerliche Opposition unannehmbar erscheinen. Da die Sozialisten und Kommunisten auf der Forderung bestehen, die Regierung müsse zurücktreten, so erscheint die Verschärfung der Krise unvermeidlich, welche Mussolini für den Kammerstreik der Opposition angedroht hat.

Das Organ der Popolari „Il Popolo" stimmt in den Chor der Opposition ein, daß die Pazifikation unmöglich sei, solange der Faszismus seine revolutionären Rechte über das Gesetz stelle, solange eine Parteimiliz bestehe, solange die Exekutive die Legislative überwuchere und sich ihre Rechte anmaße. Auch machten die mehr oder weniger versteckten faszistischen Gewaltdrohungen einen peinlichen Eindruck und verfehlten ihren Zweck. Damit hat die gesamte Oppositionspresse Mussolinis Vorschläge abgelehnt.

Eine spätere Meldung läßt erkennen, daß Mussolini den Druck nachzugeben beabsichtigt. Er erteilte neuerlich der Nationalmiliz den Auftrag zu Demobilisierung.

Opfer des passiven Widerstandes. Unter den deutschen Gefangenen, die von der französischen Insel Martin de Rè nach Deutschland zurückgebracht und in das franz. Gefängnis in Zweibrücken eingeliefert worden sind, befindet sich nach einer Mitteilung des Roten Kreuzes auch der Eisenbahninspektor **Gottfried** von Ludwigshafen. Das Schicksal dieses Beamten ist besonders tragis. Kurz bevor die französische Eisenbahnregie im Februar v. J. das pfälzische Eisenbahnnetz in Besitz nahm, verlangte ein französischer Offizier von Eisenbahninspektor Gottfried, daß er einen sogen. wilden französischen Zug, der von den Franzosen von Ludwigshafen nach Saarbrücken abgelassen worden war, weiter melde. Gottfried mußte dieses Verlangen als deutscher Beamter ablehnen; er wäre auch aus technischen Gründen gar nicht dazu in der Lage gewesen. Der wilde französische Zug entgleiste dann in der Westpfalz, ohne daß der Unfall, bei dem niemand verletzt oder getötet wurde mit der Weigerung des Eisenbahninspektors Gottfried, den Zug zu melden, in irgend einem ursächlichen Zusammenhang stand. Trotzdem wurde Eisenbahninspektor Gottfried von den Franzosen verhaftet und ihm der Eisenbahnunfall zur Last gelegt. Das Kriegsgericht in Mainz verurteilte Gottfried, einen in den 50er Jahren stehenden Beamten, wegen Eisenbahnsabotage zu 20 Jahren Zwangsarbeit. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde verworfen. Ebenso waren alle Bemühungen der Verteidigung des Gottfried, ein Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen, vergeblich. Gottfried sitzt nunmehr schon über 1¼ Jahren unschuldig im französischen Gefängnis. Ferner befindet sich unter den von Saint Martin de Ré nach Zweibrücken gebrachten Gefangenen der Landwirtschaftslehrer der Landwirtschaftlichen Versuchsstation Limburger Hof bei Ludwigshafen, Paul **Georges**, der wegen Anschlags auf die Eisenbahnstrecke bei Ludwigshafen während des passiven Widerstandes zum Tode verurteilt worden war, die Todesstrafe wurde dann in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

Kurze Nachrichten

Der Reichslandbund hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in welchem er nochmals die **große Not der Landwirtschaft** darlegt und die allgemeine Stundung aller Steuern bis nach der Hackfruchternte fordert. Ferner müßten alle Maßnahmen ergriffen werden, die notwendig sind, um die gesunden Verhältnisse in der Landwirtschaft wiederherzustellen und den Schutz der Ernte zu gewährleisten.

Die Vorbereitungen zur Londoner Konferenz. Nach den Mitteilungen der Pariser Blätter werden auf der interalliierten Konferenz in London **Frankreich, England, Italien** und **Belgien** durch ihre Ministerpräsidenten vertreten sein. Die Einladung an die **Vereinigten Staaten** und an **Japan** soll in dieser Woche ergehen. Die **italienische Regierung** hat bereits eine Einladung zu der Alliierten-Konferenz erhalten; sie bereitet die zustimmende Antwort vor.

Zustimmung zur Kontrollnote. Das Reichskabinett ist am Mittwoch nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich mit dem Inhalt und der Formulierung der Antwort auf die Militärkontrollnote zu beschäftigen. Aller Voraussicht nach wird sich die Antwort in der Richtung bewegen, daß die Reichsregierung die Forderungen annimmt, aber doch dem Wunsche Ausdruck geben wird, daß diese Kontrolle die letzte sein wird.

Keine Herabsetzung der Fernsprechgebühren. Die Nachrichten, die von einer Herabsetzung der Fernsprechgebühren vom 1. Juli ab wissen wollen, sind, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, unzutreffend. Die bisherige Ortssprechgebühr bleibt bestehen, herabgesetzt werden nur die Nebengebühren, nämlich die Einrichtungsgebühr, die Anschlußgebühr usw. Die übrigen Hauptgebühren bleiben bestehen. Es ist auch nicht richtig, daß die Reichspostverwaltung einen großen Ausfall infolge geringerer Beanspruchung des Telephons gehabt hätte und daß darauf die Ermäßigungen zurückzuführen seien. Im Gegenteil macht sich gegenwärtig im Fernsprechverkehr eine große Belastung bemerkbar.

Praxis der Goldmarkbilanzierung und der Kapitalumstellung auf Grund der Bilanzverordnung vom 28. Dezember 1923 und der Durchführungsbestimmungen vom 28. März 1924. Von Dr. Wilhelm Kalveram, außerordentlicher Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt a. M. 252 S. Preis geb. 5,40 Goldmark. 1924 — Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin C 2. — Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, das Bilanzproblem der Gegenwart vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus zu behandeln. Nach einer Einführung in die Aufgaben der kaufmännischen Rechnungsführung bei Geldwertschwankungen werden Grundlagen und Technik der verschiedenen Bilanzierungsmethoden in Goldmark an praktischen Beispielen erläutert. Dann werden nach einer Besprechung und Kritik der Bilanzverordnung Grundsätze und Bewertungsrichtlinien für die einzelnen Aktive und Passive aufgestellt. Schließlich folgen schematische Beispiele für die Umstellung der Bilanz und des Eigenkapitals auf Goldmark.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die Einzelberatungen über die Gebäudesondersteuer

Am Dienstag nachmittag begannen die Beratungen auf Grund der neuen Regierungsvorschläge. Der Staatspräsident hatte (nach dem Bad. Beob.) dringend und nachdrücklich dem Haushaltsausschuß empfohlen, im Interesse einer geordneten und ruhig sich vollziehenden Finanzpolitik, nun nicht mehr von den neuen Vorlagen abzugehen, da sie doch den Niederschlag der vorausgegangenen Beratungen darstelle.

Es waren noch weitere Anträge eingelaufen, die nun bei der Einzelberatung behandelt wurden. Man muß sagen, daß die nicht leichte, verwickelte Materie von dem Vorsitzenden mit Gewandtheit und Geschick gehandhabt wurde, so daß man im Verlauf von etwa drei Stunden über die schwierigsten Verhandlungspunkte hinweg war und die Erledigung der Anträge glatt vor sich ging. So kann das Geb.-Sondersteuergesetz als gerettet betrachtet werden. Das liegt sowohl im Interesse der Staats- und Gemeindeverwaltungen, als auch im Interesse der Durchführung der neuen Besoldungsordnung, die damit ihre finanzielle Grundlage erhält.

Durch die Freigrenze von 4500 Mk., die anstatt der vom Zentrum angeregten 6000 Mk. Freigrenze, schließlich angenommen wurde, wird der kleine Landwirt, der z. Zt. sehr übel daran ist, geschont. Die Degression oder Steuerverleichterung, die bis zu 15 000 Mk. Steuerwert geht, wird wohl das erreichen, daß bei den Wohngebäuden des kleinen und mittleren Landwirts die Teile freibleiben, die von nicht mietezahlenden Vierfüßlern bewohnt werden oder solche, die durch lange Zeit des Jahres hindurch leer stehen und für den Landwirt nur eine finanzielle Belastung bedeuten.

Es war keiner der ausschlaggebenden Parteien leicht geworden, ihre Wünsche da oder dort aufzugeben oder ihre Ziele zurückzustecken; aber im Hinblick auf die staatlichen Notwendigkeiten mußten solche Opfer gebracht werden.

Die **Einzelberatung** nahm nun folgenden Verlauf. Zu § 3, der die Befreiungen von der Geb.-S.-St. behandelt, fragte ein **Zentrumsredner** an, ob es nicht angehe, auch Neubauten, die aus eigenen Mitteln nach dem 1. Juli 18 erstellt seien, zur Steuer heranzuziehen, da hier doch mancher Kriegsgewinn steuerfrei angelegt sei. Der **Arbeitsminister** erklärte, daß nur sehr wenige Bauten hier in Betracht kämen; bei der großen Wohnungsnot sei man um jeden Neubau froh gewesen, und die Regierung sei nicht imstande, gegebene Versprechen auf Steuerfreiheit zurückzuziehen.

Es kommt dann ein Landbundantrag zur Abstimmung, der in seinem ersten Satz beantragt, was schon in der neuen Reg.-Vorlage steht, eine Freigrenze bis 4500 Mk. zu lassen und der infolge dessen einstimmig angenommen wird bei einer Enthaltung. (Kom.) Der zweite Satz des Antrags ist in seiner Wirkung so ungeheuerlich, daß man sich nur wundern muß, daß er 3 Stimmen erhielt, und zwar beteiligten sich daran außer den Antragstellern ein Vertreter der D. lib. Fraktion. Dieser Satz verlangt die **Freilassung der Eigenwohnung des Hauseigentümers.** Ein Zentrumsredner fragte, ob die Antragsteller auch den Villenbesitz freiassen wollten und ob der arme Mieter, der in der Großstadt im 5. Stock wohne oder im Hinterhaus, die Mehrbelastung tragen soll. Der unsoziale Antrag wurde mit 16 Stimmen abgelehnt. (Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie.)

Der 3. Satz wollte die **landwirtschaftlichen Gebäude** freilassen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt mit 8 Stimmen (Sozdem., Dem. und 1 Zentr.- Stimme), während die deutschnationale Fraktion, Landbund, der Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung und eine Zentrumsstimme dafür waren. 5 Mitglieder des Zentrums und 1 deutschlib. Abgeordneter enthielt sich.

Der 4. Satz verlangte die Freilassung der **gewerblichen** Gebäude. Man frägt sich, was eigentlich dann aus dem Steuergesetz geworden wäre, wenn dieser Antrag nicht mit 13 Stimmen (Zentrum, Sozdem. u. Dem.) gegen die 3 Stimmen des Landbunds und eines Vertreters der D.-lib. Fraktion bei 3 Enthaltungen abgelehnt worden wäre. Hätten etwa die Arbeiter und Beamten allein die 22 Millionen Steuern aufbringen sollen?

In § 3 Ziff. 4 der neuen Vorlage wurde die Freigrenze auf 4500 Mk. erhöht. Für die Erhöhung stimmten die Koalitionsparteien mit 17 Stimmen, während der Landbund und 1 demokr. Abgeordneter sich enthielten.

Ein Zentrumsabgeordneter schlug eine **Entschließung** vor, wonach der Härteparagraph bei solchen Gebäuden, die im Steuerwert über 15 000 Mk. sind und in gebirgigen Gegenden liegen, insbesondere bei Leibgeding- oder Taglöhnerhäusern, besonders wohlwollend anzuwenden sei. Entsprechende Anweisungen sollten an die Gemeindeverwaltungen ergehen. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Bei § 5, der den **Eigentümer des Gebäudes** als steuerpflichtig erklärt, fragte ein Zentrumsabgeordneter an, ob es nicht möglich sei, den Mieter als Gesamtschuldner mit haftbar zu machen, damit der Hausbesitzer eine gewisse Deckung habe. Das wurde nicht durchführbar erklärt, da der Mieter in Gefahr kommen könne, für den säumigen Hausbesitzer zu bezahlen. Im § 7 wurde die Herabsetzung von monatlich 12 auf 8 Pfg. in der neuen Vorlage angenommen (14 Stimmen (Z., Soz., Dem.) dafür, 4 (1 Landb. und 1 DN.) dagegen, 2 Enthaltungen (DN. und Dem.), ebenso die Verschiebung der Fälligkeit auf den August. Dabei erklärte der Staatspräsident, daß nach dem 5. d. M. für den Hausbesitzer noch eine Schonfrist von einer Woche eingeschoben werde. Es entspann sich dann eine längere Debatte darüber, ob diese Steuer nicht vierteljährlich eingezogen werden könne, was für verstreut liegende Ortschaften als zweckmäßiger angesehen wurde. Auch der Vertreter des städtischen Hausbesitzes zog eine viertel-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

jährliche Zahlung vor. Demgegenüber führte der Staatspräsident aus, daß die Fürsorgeverbände nicht mehr in der Lage seien, solange auf den Einlauf der Gelder zu warten. (In einer späteren Sitzung wurde bestimmt, daß dem Wunsch der Städte entsprochen werden soll, ihre Umlage monatlich einzuziehen.)

Zum Sportsfest der Technischen Hochschule

Auf Grund eines Besuchs beim Sportsfest der Karlsruher Technischen Hochschule hat der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. **Hellpach** an Rektor und Senat der Hochschule ein längeres Schreiben gerichtet, in welchem er die hervorragenden Einzelleistungen und die anerkennenswerte Schulung der Massengymnastik hervorhebt und für die verdienstvolle, hingebende Arbeit, die im Dienste der körperlichen Ertüchtigung der akademischen Jugend dauernd geleistet wird, allen Trägern dieser Arbeit den Dank und die Anerkennung der Unterrichtsverwaltung übermittelt. Dann aber heißt es weiter:

„Ebenso aufrichtig möchte ich aber den ernsten Bedenken Ausdruck geben, die durch die Vorführung eines **Boxschaukampfes** in mir (und übrigens, wie ich mich überzeugen konnte, in der Mehrzahl der anwesenden Gäste) erregt worden sind. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich die Einführung dieses Sportzweiges in die deutsche Pflege der Leibesübungen, insbesondere auch in den Hochschulen, für **unerwünscht** halte, da mir in ethischer Hinsicht seine negativen oder fragwürdigen Werte die positiven beträchtlich zu überwiegen scheinen, und da ich in nationaler Hinsicht die Nachahmung angelsächsischer Sportsmoden um jeden Preis als nicht mit unserer völkischen Würde verträglich empfinde. Ich gebe zur Erwägung, ob das Boxen von der akademischen Pflege der Leibesübungen nicht ausgeschlossen, von jeder öffentlichen akademischen Vorführung aber unbedingt fern gehalten werden sollte."

Tagung des deutschen Gastwirteverbandes

DZ. **Karlsruhe**, 26. Juni. Im großen Festhallesaal begannen gestern vormittag die aus dem ganzen Reiche außerordentlich stark besuchten Verhandlungen des 49. Deutschen Gastwirtstages. Anwesend waren u. a. der badische Minister des Innern **Remmele**, Oberbürgermeister Dr. Finter, ferner Regierungsrat **Nelson** als Vertreter des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, sowie Delegierte des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und der Spitzenorganisationen von Handel, Industrie und Handwerk, und auch einige Abgeordnete. Aus **Oesterreich** war für die dortigen gastgewerblichen Genossenschaftsverbände Kommerzienrat Meyer-Linz erschienen. In seiner Begrüßungsansprache hob Präsident **Köster** auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Reichseinheit ab. Er begrüßte die Zurückdämmung der Abstinenzbewegung, erinnerte an den Kampf gegen das Schankstättengesetz und erklärte: Sollten die politischen Parteien in Zukunft versagen, wenn es gilt, die berechtigten Interessen des Mittelstandes zu wahren, so erachte der Gastwirtsverband den Augenblick für gekommen, auch seinerseits der **Bildung einer neuen mittelständischen Partei näherzutreten.** Nach wie vor bleibe der Leitstern des Verbandes: Das Vaterland über dem Stand und die Gesamtheit über dem Einzelnen! Dem Gastwirt obliege die hohe Aufgabe, ein Förderer der öffentlichen Moral zu sein.

Nach weiteren Begrüßungsansprachen erstatteten Jünemann-Opladen und Landtagsabg. Liebald-Braunschweig Referate über die Qualifikation des Gastwirts bzw. das Thema: Das deutsche Gastwirtsgewerbe der Prüfstein in der deutschen Mittelstandsbewegung in ethischer Hinsicht. — Präsident Köster schnitt bei dieser Gelegenheit die **Konzessionsfrage** an, und forderte vom Gesetzgeber, daß das Gewerbe einen entscheidenden Einfluß auf die Erteilung und die Entziehung der Konzession erhalte.

Längere Zeit beanspruchte die Beratung der zahlreichen Anträge zur **Steuerfrage** usw. Der Vorstand wurde beauftragt, auch weiterhin dafür zu kämpfen, daß alle gastgewerblichen Sondersteuern, insbesondere die Beherbergungs- und örtlichen Getränkesteuern, beseitigt werden. Ebenso einmütig fand ein Antrag auf Aufhebung der Preisprüfungsstellen Annahme. Desgleichen ein Antrag, welcher die Außerkraftsetzung des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 fordert, da die Voraussetzungen, die seinerzeit zum Erlaß des Gesetzes geführt hätten, längst fortgefallen seien. Es handelte sich um die einschränkenden Bestimmungen bezüglich der **Polizeistunde.** Sollte diesem Verlangen nicht entsprochen werden, so erwarte man wenigstens eine weitgehende Milderung der Vorschriften, wie auch der für die Uebertretung der Polizeistunde festgesetzten Strafen.

Nachmittags fand im „Friedrichshof" eine genossenschaftliche Tagung statt. Zahlreiche Teilnehmer des Verbandes folgten einer Einladung der **Brauerei Moninger** zur Besichtigung ihres Unternehmens. Abends vereinigten sich die Teilnehmer zu einem **Bankett** im großen Festhallesaal.

Kommunale Rundschau

Der **Karlsruher Bürgerausschuß** begann gestern mit der **Beratung des städtischen Voranschlags.** Oberbürgermeister Dr. Finter leitete die Beratung ein und führt u. a. aus: Die Aufgabe der Stadtverwaltung in den letzten Jahren war ein hartes Ringen um die Erhaltung der Existenz der Gemeinde. Wenn es gelungen ist, die Gemeindewirtschaft durch diese schwere Zeit einigermaßen heil hindurchzuführen, so soll man sich darüber freuen. Beim Wiederaufbau der Wirtschaft unseres Vaterlandes wird den Gemeinden eine bedeutende Rolle zufallen. Daß die Stadt Karlsruhe diese Rolle rechtzeitig erfasse und in ihrer Entwicklung nicht hinter anderen Städten zurückbleibe, ist gewiß der Wunsch aller guten Bürger, vornehmlich der Mitglieder dieses Hauses. Das Motto, unter dem der Voranschlag aufgestellt ist, heißt: Sparen und wieder sparen. Diese Sparsamkeit äußert sich vor allem im Personaletat. Ich brauche Ihnen die Zahlen des bisherigen **Abbauergebnisses** nicht im einzelnen aufzuführen, sie sind in der Vorlage über den Stellenplan enthalten. Ergänzend möchte ich nur mitteilen, daß am 1. 1. 20, also etwa zu der Zeit, in der die jetzige Verwaltung die Führung der Geschäfte übernahm, im Gemeindedienst 1851 Beamte und Angestellte und 2059 Arbeiter, zusammen 3910 Arbeitskräfte beschäftigt waren. Wenn es heute, wie die Vorlage über den Stellenplan ergibt, 2555 sind, so beträgt also die gesamte Verminderung 1355 oder 28,4 Prozent. Durch den Abbau seit 1. Oktober v. J. ist eine Verminderung der Personalausgaben auf der Grundlage der heutigen Gehalte und Löhne und nach Abzug der Mehrausgaben für Ruheversorgung von im ganzen 933 755 Mk. erzielt worden. Im ganzen aber, das möchte ich hier ausdrücklich aussprechen, sind wir mit dem Abbau an den Grenzen des Möglichen angekommen. Schon stellt sich als Folge ein, daß in einzelnen Zweigen der Verwaltung wünschenswerte Arbeiten eine Verzögerung wegen Personalmangels erleiden müssen. Es ist auch im Interesse der Beruhigung der Beamten- und Arbeiterschaft, ihrer Arbeitsfreude und damit ihrer Arbeitsleistung gelegen, daß das Gespenst des Abbaues aus den Amtsstuben und Arbeitsstätten verschwindet. Auch auf dem Gebiete der **sachlichen Ausgaben** hat man sich große Beschränkungen auferlegt. Der Voranschlag ist auch darin weit davon entfernt, großzügig zu sein. Von den großen Projekten, die unserer Stadt bevorstehen — ich nenne die Erweiterung unserer Verkehrseinrichtungen, die Herrichtung neuen Ansiedelungsgeländes in- und außerhalb des Hafens und die Ausgestaltung des Eitlingertor-Platzes in einer städtebaulich, kulturell und wirtschaftlich den Bedürfnissen unserer Stadt als Kunst- und Verkehrsstadt entsprechenden Weise — findet sich darin gar nichts oder nur bescheidene Anfänge. Aber es wäre verhängnisvoll, aus den angezogenen mißlichen Umständen des Augenblicks den Schluß zu ziehen, daß uns nichts übrig bleibe, als den Zustand völliger Stagnation fortzusetzen. Stillstand wirkt auch im Gemeindeleben als Rückschritt. Was wir nach meiner Meinung unbedingt unternehmen müssen und auch können, und womit zu säumen die spätere Entwicklung auf das ungünstigste beeinflußt würde, das ist die Vorbereitung jener der Zukunft vorbehaltenen größeren Aufgaben durch allmähliche Wegräumung einer Reihe von dringlichen Rückständen, die uns die tatenlose Kriegs- und Nachkriegszeit zurückgelassen hat, durch Erhaltung der Leistungsfähigkeit unserer Werke, durch Fortsetzung einer zielbewußten Bodenpolitik und durch eine solide Finanzgebarung. In der Richtung des letzteren Zieles liegt die **Einstellung des Betriebsstockes** von 300 000 Mk., der mit dem aus dem vorigen Jahre übernommenen Teilbetrag von 150 000 Mk. die Aufgabe hat, die Gemeindekasse vor den Zufälligkeiten des zeitlichen Auseinanderfallens von Einnahmen und Ausgaben zu schützen; die weiter hierher gehörige Schuldentilgungsrücklage von 400 000 Mk. soll dazu helfen, die Bahn frei zu machen für die Aufnahme der für die kommenden großen Aufgaben benötigten Summen. Der Fortsetzung der Bodenpolitik dient die Einstellung weiterer 400 000 Mk. zur Erwerbung von Grundstücken. Zur Erhaltung der Betriebe werden dem Erneuerungsfonds 640 000 Mk. zugeführt. Leider nehmen zufolge der knapp bemessenen Tarife diese Leistungen die Betriebe so stark in Anspruch, daß sie außer dem bescheiden bemessenen Kapitaldienst von 4 Prozent des Anlagewertes nichts weiteres für allgemeine Zwecke der Gemeinde zur Verfügung stellen können, zum Teil sogar erhebliche Zuschüsse bedürfen, während im Jahre 1914 die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke allein 1 220 762 Mk. Gewinn neben einem verhältnismäßig gleich hohen Schuldendienst und gleichen Leistungen für Erneuerungszwecke der Stadtkasse überlassen konnten. Wie hoch sich der endgültige **Steuerfuß** stellen wird, kann mit Sicherheit heute noch nicht gesagt werden. Die Unsicherheit in den Unterlagen ist seit Aufstellung des Voranschlages noch größer geworden, weil aus Anlaß der Beratung des Gebäudesondersteuergesetzes, wie man liest, auch eine Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes in Aussicht genommen ist, die unter Umständen die Höhe der Steuerwerte beeinflußt. Umsomehr Grund ist gegeben mit der endgültigen Steuerfestsetzung noch zuzuwarten und sich bis zum Vorliegen der Steuerliste mit entsprechenden Vorauszahlungen zu behelfen. Ich bitte Sie den Voranschlag in der vorliegenden Form zu genehmigen. Ich bin überzeugt, Sie werden dadurch zum Wohle unserer Stadt handeln.

Der Mannheimer Bürgerausschuß genehmigte eine vom Stadtrat vorgeschlagene Herabsetzung der Gas- und Strompreise. Der Gaspreis wird je nach Verbrauch auf 13 bis 17 Pfennige pro Kubikmeter, der Strompreis für Licht auf 50, für Kraft auf 25 Pf. für die Kilowattstunde festgesetzt. Weitergehende Anträge der deutschen Volkspartei und der Kommunisten wurden abgelehnt. Der Bürgerausschuß begann dann die Beratung des Haushalsplanes für 1924, der in Einnahmen und Ausgaben mit 23 002 700 Mark festgesetzt ist.

Erhöhung der Umlage in Rastatt. Die vom Stadtrat beschlossene Umlage von 36 Pf. von 100 M. Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens hat sich als unzureichend erwiesen. Um den städtischen Haushalt im Gleichgewicht zu halten, wird der Stadtrat vorschlagen, vom Liegenschaftsvermögen 48 Pf. und vom Betriebsvermögen 60 Pf. von je 100 Mark Steuerkapital zu erheben.

Der Vorschußverein Offenburg G. m. u. H., hat seine Goldmarkeröffnungsbilanz bekanntgegeben. Er verzeichnet im Jahre 1923 einen Reingewinn von 52768 Mark und steht damit ungefähr so, wie er im Anfang der 90er Jahre in der Vorkriegszeit seine Bilanz ausweisen konnte. Eine Dividende wird nicht verteilt werden. Die Generalversammlung soll auch über die Umwandlung in eine G. m. b. H. Beschluß fassen.

Der Bürgerausschuß Lörrach beschäftigte sich mit dem Haushaltsplan, wonach die Ausgaben 1 075 350, die Einnahmen 693 500 M. betragen, so daß ein ungedeckter Aufwand von 381 850 Mark besteht. Der vorgelegte Plan wurde angenommen und beschlossen, den zu deckenden Mehraufwand durch Umlage von 50 Pf. auf je 100 M. Steuerwert des Liegenschaftsvermögens und 70 Pf. auf je 100 M. Betriebsvermögen aufzubringen.

Bürgermeisterwahl in Grenzach. Beim dritten Wahlgang zur Bürgermeisterwahl hat keiner der drei Kandidaten die notwendige absolute Mehrheit erhalten. Der Kandidat der Sozialdemokraten, Kommunisten und des Zentrums, Ewelshäuser, erhielt 444, Dietsche (bürgerlich) 438 und Koch (Handwerker und Gewerbe) 167 Stimmen. Nunmehr wird die Regierung einen Bürgermeister für Grenzach ernennen.

Der Bürgerausschuß Singen a. H. beschloß den Ankauf eines Wohnhauses zur Errichtung eines Wöchnerinnenheimes und die Herabsetzung der Fremdensteuer von 15 auf 10 Prozent. Vom Ertrag der Fremdensteuer wird dem Verkehrsverein ein Betrag von 1000 Mark überwiesen. Ferner wurden einige Aenderungen in der Wasserbezugsordnung, der Ankauf einer Reihe von Grundstücken durch die Stadt und die Abgabe einiger Bauplätze zur Erstellung von Wohnhäusern durch Private beschlossen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Beratung des **Voranschlags** 1924/25, der in den Ausgaben 636 000 Goldmark abschließt, denen an laufenden Einnahmen 359 000 Goldmark gegenüberstehen. Der ungedeckte Aufwand, der durch die Gemeindeumlage gedeckt werden muß, beträgt rund 277 000 Mark, so daß mit einem durchschnittlichen Umlagefuß von 54 Pf. gerechnet werden muß, gegenüber 45 Pf. im Jahre 1914. Die Beratung des Voranschlags konnte in der gestrigen Sitzung nicht zu Ende geführt werden.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Juli noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** besorgen, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Heidelberg, 25. Juni. Der **Verein Deutscher Nähmaschinen-Fabrikanten**, dessen Gründung am 14. Juni des Jahres 1899 erfolgte, und der somit zu den ältesten deutschen industriellen Fachvereinen zählt, hielt aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens in den Tagen vom 12. bis 14. Juni ds. Js. zu Heidelberg eine **Jubiläums-General-Versammlung** ab, der als Vertreter der badischen Regierung Ministerialrat Dr. **Scheffelmeier** vom Badischen Ministerium des Innern-Karlsruhe beiwohnte. Dieser überbrachte dem Verein, dem auch die drei badischen Nähmaschinenfabriken angehören, herzlichste Glückwünsche der Badischen Regierung. Von den dem Verein zu seinem Jubiläum zahlreich übermittelten Glückwunsch-Telegramm und Glückwunsch-Schreiben seien erwähnt dasjenige von Ministerial-Direktor von Schoenebeck vom Reichswirtschafts-Ministerium-Berlin und vom Reichsverband der Deutschen Industrie-Berlin.

DZ. **Hockenheim (Amt Schwetzingen)**, 25. Juni. Ein **Brand** zerstörte das Anwesen des Möbelhändlers Müller und zum Teil ebenfalls dasjenige des Landwirts Schrank. Dem Eingreifen mehrerer Feuerwehren aus den umliegenden Ortschaften gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Etwa 30 Häuser und Scheuern waren in großer Gefahr. Der Schaden ist sehr bedeutend.

DZ. **Baden-Baden**, 26. Juni. Im Rathause fand gestern eine Aussprache über den Rastatter Vorstoß wegen der **Verkehrsinteressen** statt. Fast sämtliche eingeladenen Gemeinden waren bei der Besprechung vertreten. Es wurde beschlossen, eine Freie Vereinigung der mittelbadischen Gemeinden zur Wahrung ihrer Verkehrsinteressen zu gründen. Der Vorsitz in dieser sofort konstituierten Vereinigung wurde dem Oberbürgermeister Fieser übertragen.

Offenburg, 26. Juni. Der aus Düsseldorf zurückgekehrte französische Verwaltungsdelegierte in Kehl hat mitgeteilt, daß die zum Brückenkopf Kehl gehörende bisherige **Grenzzone durch Einbeziehung weiterer Amtsbezirke**, z. B. Karlsruhe, Pforzheim, Rastatt, Baden, Triberg, Freiburg usw., **erheblich erweitert** wird. Die Einreise aus den jetzt zugelassenen Amtsbezirken wird wesentlich erleichtert, und der von den Franzosen seither geforderte sog. Frontalierstempel nicht mehr verlangt.

DZ. **Schluchsee**, 25. Juni. Am **Bahnbau**, der jetzt mit Hochdruck betrieben wird, sind die Arbeiter zurzeit mit Planierungsarbeiten beschäftigt. Mit dem Anlegen der Schienen ist man bereits beim Windgfällweiher angelangt. Man hofft, die Bahn im Laufe des August in Betrieb setzen zu können.

DZ. **Gutach**, 25. Juni. Im Jahre 1864 gründete der hier geborene Industrielle Max **Gütermann** in Wien eine Nähseidenfabrik und rief dann im Jahre 1867 hier eine Filiale ins Leben, die sich später zu dem Hauptgeschäft des jetzt einen Weltruf genießenden Unternehmens auswuchs. Die Firma kann demnach jetzt auf ein **60jähriges Bestehen** zurückblicken. Das Unternehmen, das jetzt rund 2000 Personen beschäftigt, ist im Besitz der Söhne des 1895 verstorbenen Gründers.

DZ. **Waldkirch**, 25. Juni. Der Gemeinderat beschloß die **Anschaffung einer automobilen Motorspritze**, in der Annahme, daß auch die Industriellen des Elztales zu den immerhin nicht geringen Kosten dieser Modernisierung des Feuerlöschwesens einen angemessenen Beitrag leisten werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	26. Juni		25. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam . .	1 575 100	1 582 500 100	1 572 100	1 579 900 100
Kopenhagen .	696 200	699 800 100	707 200	710 800 100
Italien . . .	181 500	182 500 100	181 000	182 000 100
London . . .	18 135 000	18 225 000 100	18 105 000	18 195 000 100
Newyork . . .	4 190 000	4 210 500 100	4 190 000	4 210 500 100
Paris	223 150	224 350 100	219 900	221 100 100
Schweiz . . .	739 100	742 100 100	741 600	743 400 100
Prag	123 700	124 300 100	123 950	124 550 100
Wien (100 Kronen)	59 200	59 400 100	58 900	59 100 100

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Karlsruher Börse. 25. Juni 1924. Abteilung: Getreide, Mehl und Futtermittel. Bei leichtermäßigten Preisen bleibt der Markt ruhig. Weizen inländisch 17,50—18,25, Roggen 14,50—15,50, Braugerste 17—17,50, Hafer 15—15,50, Mais ohne Sack für prompte Lieferung 16,50—16,75, Weizenmehl Mühlenforderung 29,15—28,75, Roggenmehl Mühlenforderung 23,50, Weizenfuttermehl 10—10,25, Malzkeime 9,75 bis 10,75, Biertreber 10—10,50, Trockenschnitzel ohne Sack 10,50 bis 11 G.M. **Rauhfuttermittel:** Loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken 7,75—8, Weizen-Roggenstroh, drahtgepreßt 4 bis 4,50 G.M. alles per 100 Kilo, Mehl und Mühlenfabrikate mit, Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe. **Abteilung: Wein und Spirituosen.** Die freundlichere Stimmung scheint von Dauer zu sein. Sowohl in Wein wie auch in Spirituosen ist ein weiterer Rückgang der Preise nicht eingetreten. Eine heute stattgehabte Versteigerung verschiedener größerer Mengen von Spirituosen hat Preise ergeben, die sich etwas über dem bisherigen Stande bewegten. **Abteilung: Kolonialwaren:** Burma-Reis 0,34, Graupen 0,35, gelbe gespaltene Erbsen 0,34, weiße ungarische Kernbohnen 0,50, Mittel-Linsen 0,85, Schweinefett 1,40, Salatöl 1,10 G.M. alles per Kilo. Kaffee und Tee unverändert.

Weinversteigerung. Die vom Winzerverein **Auggen**, am 24. abgehaltene dritte Versteigerung **Markgräfler Weine war** gut besucht. Zunächst kamen die 1922er Weine zum Ausgebot mit Faßmengen zwischen 3 und 6 Hektoliter. Bei flottem Absatz setzten dieselben mit 48 Mark für den Hektoliter ein, um sich auf 50, 52 und 60 Mark zu steigern. Ein 1922er Auggener Steingrube erzielte 71 Mark, ein „Letten Ruländer" ging für 102 und 108 Mark ab. Die guten 1923er fanden noch gesteigertes Interesse. Hier setzte der billigste Wein mit 90 M. das Hekto ein mit Steigerung bis zu 100 M. Die edleren Weine kamen noch teuerer, so der „Gutedel" von 128—142 Mark. Steingrube und Sonnenberg" erzielten 170 bezw. 171 Mark und Auggener Röthe 201 Mark. Es wurden annähernd 300 Hektoliter verkauft.

Großhandels-Indexziffer. Die auf den 24. Juni als Stichtag berechnete Großhandels-Indexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 17. Juni mit 117,0 einen Rückgang auf 112,6 oder um 0,8 Prozent, der vor allem durch die Senkung der Getreide- und Fleischpreise sowie der Preise für Rohbaumwolle, Baumwollgarne und -Gewebe herbeigeführt worden ist. Von den Hauptgruppen sanken Lebensmittel von 99,1 auf 93,2 oder um 6 Prozent, davon Getreide und Kartoffeln von 85,6 auf 79,3 oder um 7,4 Prozent, Industriestoffe von 150,4 auf 148,9 oder um 1 Prozent (davon Kohle und Eisen mit 144,2 nahezu unverändert). Inlandswaren gaben von 107,0 auf 102,2 oder um 4,5 Prozent, Einfuhrwaren von 166,9 auf 144,7 oder um 1,3 Prozent nach.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Staatsanzeiger

Die Gerichtsschreibergehilfenprüfung im Jahr 1924.

Die in den Monaten Mai und Juni abgehaltene Gerichtsschreibergehilfenprüfung (Assistentenprüfung) haben bestanden:

Felix **Edelmann** aus Mosbach, Heinrich **Genthner** aus Heidelberg, Wilhelm **Kaufmann** aus Bruchsal, Ernst **Kimmig** aus Oppenau, Hermann **Maisch** aus Ludwigsburg, Alois **Matt** aus Schlierstadt, Theophil **Meyer** aus Görwihl, Friedrich **Riegler** aus Gölshausen, Hans **Vögtle** aus Karlsruhe und Karl **Wirth** aus Bühl.

Karlsruhe, den 21. Juni 1924.

Der Justizminister:
Trunk.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Polizeioberwachtmeister Friedrich **Pfeiffer** in Heidelberg zum Revierkommissär in Baden, die Rottenmeister Hermann **Albrecht**, Ernst **Bächle**, Josef **Goos**, Artur **Hug**, Hermann **Münch**, Otto **Schmitt**, Friedrich **Wieland** in Mannheim, Otto **Winterhalter** in Freiburg zu planmäßigen Polizeiwachtmeistern.

In den Ruhestand versetzt auf Ansuchen:

Amtsgehilfe Adam **Seltenreich** beim Bezirksamt Adelsheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Professor Robert **Bender** an der Oberrealschule in Baden-Baden zum Direktor daselbst.

Verwaltungsassistent Josef **Schleer** bei der psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Freiburg zum Verwaltungssekretär daselbst, Oberpedell Jakob **Sembach** an der Universität Freiburg zum Verwaltungsassistent daselbst, Amtsgehilfe Markus **Frei** an der Universität Freiburg zum Oberpedell daselbst.

Versetzt:

Dr. Melchior **Mayer** an der Höheren Mädchenschule in Offenburg in gleicher Eigenschaft an die Oberrealschule in Konstanz.

Das **Jubiläumsbier** **Hell Spezial**
der Brauerei Sinner A.-G. ist im Anstich

Herrenstoffe
Herrentuchhaus
Herrenstraße 22

Stellen-Gesuch.

Maschineningenieur, 28 J. alt, Absolvent des Staatstechnikums Karlsruhe, mit mehrjähriger Werkstatt- u. Büropraxis, mit guten Zeugnissen, arbeitsfreudig, zuletzt als Konstrukteur im Lokomotivbau tätig, sucht sich zu verändern. Betriebstellung im Werkzeugmaschinen- oder Vorrichtungsbau bevorzugt. Offerten unter D. 419 an die Exped. der Karlsruher Zeitung.

Detektiv Institut -u. Privat-Auskunftei
„Argus" Mannheim O. 6. 6. Planken B.47 Fernspr. 3305
A. Maier & Co., G. m. b. H

Ratschreiber,

32 Jahre alt, z. Zt. in ungekündigter Stellung bei einer größeren Industriegemeinde, in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung einschl. Grundbuch- und Rechnungswesen sowie in der sozialen Fürsorge erfahren, sucht sich zu verändern. Größere Landgemeinde in der Neckargegend bevorzugt.

Offerten unter D. 415 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

W.816. **Baden.** Der 1. Vorstand der „Liedertafel **Aurelia e. V.**" in Baden hat das Aufgebot des abhanden gekommenen Hypothekenbriefs über die im Grundbuch von Baden Band 83 Heft 926 Abt. III O.Z. 2 auf dem Grundstück Lgb. Nr. 231c, Langestraße 68, zugunsten der Frau **Hermann Schababerle Witwe, Viktoria geb. Dieterle** in Baden, eingetragenen Darlehenshypothek über 30000 Mark nebst Zinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf

Mittwoch, 15. Oktober 1924, vormittags 10 Uhr,

vor dem hiesigen Gericht — Zimmer Nr. 17 — seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Baden, 17. Juni 1924.

Der Gerichtsschreiber des Badischen Amtsgerichts.

W.795. **Karlsruhe.** Über die Firma **Edelbranntwein A.-G.** in Karlsruhe, Rüppurrerstraße 34, wird auf deren Antrag die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet. Als Aufsichtsperson wird Rechtsanwalt Peter hier ernannt.

Karlsruhe, 30. Mai 1924.

Amtsgericht A I.

W.807. **Karlsruhe.** Über das Vermögen der **Sandalen- und Sportschuhfabrik Aktiengesellschaft Karlsruhe** wurde am 20. Juni 1924, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt J. Löwe in Karlsruhe. Anmeldefrist: bis zum 31. Juli 1924. Erste Gläubigerversammlung: **Samstag, den 19. Juli 1924, vormittags 11½ Uhr.** Prüfungstermin: **Samstag, den 16. August 1924, vormittags 11½ Uhr,** vor dem Bad. Amtsgericht **Karlsruhe.** Offener Arrest und Anzeigefrist: bis 31. Juli 1924.

Karlsruhe, 21. Juni 1924.

Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgerichts A V.

Versch. Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Der Kehrbezirk Mannheim XIV, umfassend die Gemeinden Hockenheim, Altlußheim, Neulußheim, Ketsch und Reilingen, ist infolge Neueinteilung der Kehrbezirke in den Amtsbezirken Heidelberg, Mannheim, Weinheim und Bruchsal durch Erlaß des Herrn Bad. Arbeitsministers vom 7. Juni 1924 Nr. 17419 **neu zu besetzen.** W.808

Bewerbungen für diesen Bezirk sind innerhalb vier Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an schriftlich unter Beobachtung des § 7 der bad. Kaminfegerordnung vom 29. November 1921 und unter Beifügung der ebendort vorgeschriebenen Zeugnisse beim Bezirksamt Mannheim einzureichen.

Mannheim, 25. Juni 1924.

Badisches Bezirksamt Abt. V.

Güterrechts-Register.

Wolfach. W.764

In das Güterrechtsregister Band II S. 441 wurde eingetragen: **Kasper,** Engelbert, Gerber in Haslach, und dessen Ehefrau, Katharina geb. Uhl. Vertrag vom 4. Februar 1924: Gütertrennung.

Wolfach, 20. Juni 1924.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Vereinsregister.

Rastatt. W.798

In das Vereinsregister wurde heute eingetragen: „**Turnerbund Gaggenau 1882**" in Gaggenau.

Rastatt, 18. Juni 1924.

Amtsgericht.

Dr. C. Rosenbaums
Djavahna-Präparate!
das Vollkommenste auf dem Gebiete der Schönheitspflege!

„Djavahna-Parfum", die berauschenden, faszinierenden Blumendüfte Indiens, Parfüm der mondänen Welt!

„Djavahna-Orientalischer-Wachscreme" ernährt und glättet die Haut!

„Djavahna- nicht fettender Hautcreme" gibt der Haut zartes, jugendfrisches Aussehen!

„Djavahna-Puder", weiß, gelb, rosa, dieser wundervoll parfümierte Puder gehört unbedingt auf den Toilettentisch der Dame!

„Djavahna-Kopfwasser" verleiht dem Haar einen dezenten Duft, vermeidet Haarausfall und Schuppenbildung!

Hans Rosenbaum
Cosmetischer Vertrieb **Berlin-Halensee** Cosmetischer Vertrieb
Telephon: Uhland 223 **Nestorstraße 7**

Druck G. Braun, Karlsruhe.